



Innenausschuss

71. Sitzung (öffentlich)¹

19. November 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 15:15 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Iris Staubermann, Thilo Rörtgen, Gertrud Schröder-Djug, Günther Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss stimmt überein, Tagesordnungspunkt 8 – „Arbeit und Ausbildung sind Schlüssel zur Integration – Neue Möglichkeiten des Arbeitsmarktzugangs für Flüchtlinge effektiv nutzen, Förderungslücken schließen“ – von der Tagesordnung abzusetzen, da der federführende Ausschuss bereits eine Abstimmung durchgeführt hat.

1 Aktuelle Lage nach den Anschlägen in Paris

8

In Verbindung mit:

Aktuelle Sicherheitslage in NRW nach den Anschlägen in Paris

Sowie:

¹ Es folgt ein nichtöffentlicher Sitzungsteil; siehe nÖAPR 16/206

Ist die Polizei NRW ausreichend für die Bewältigung von Terroranschlägen wie in Paris gerüstet?

Bericht der Landesregierung

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

35

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300
Drucksache 16/10150 (Ergänzung)
Vorlagen 16/3185, 16/3376 und 16/3394

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Kommunales

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Piratenfraktion gegen die CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion so **genehmigt worden**.

Dann ist der Einzelplan 03 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und Piratenfraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion so **genehmigt worden**.

3 Gesetz zur Änderung des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

47

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10081

Der **Ausschuss stimmt** dem Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 16/10081** einstimmig zu.

4 Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen

48

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 16/9807 (Neudruck)

Stellungnahmen 16/3141, 16/3179, 16/3190, 16/3191, 16/3192,
16/3193/ 16/3204, 16/3215, 16/3206, 16/3207, 16/3216 sowie
16/3222 und 16/3229

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der **Ausschuss** gibt zu dem **Gesetzentwurf** der
Landesregierung **Drucksache 16/9807 (Neudruck)** kein
Votum ab.

- 5 Personalentwicklung der Polizei in NRW/Abschlussbericht der
Expertenkommission „Bürgernahe Polizei – den Demografischen
Wandel gestalten“** **49**

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/3023

Ausschussprotokoll 16/927

- 6 Bekämpfung grenzüberschreitender Einbruchskriminalität ver-
bessern** **50**

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 16/10067

Der **Ausschuss** beschließt, ein **Sachverständigen-
gespräch** durchzuführen.

- 7 Asylverfahren entlasten und vorübergehenden Schutz durch
spezifischen Flüchtlingsstatus gewähren – Gesetzentwurf zur
Gewährung vorübergehenden nationalen humanitären Schutzes beim
Bundesrat einbringen** **52**

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 16/10076 (Neudruck)

Entschließungsantrag

der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/10158

Der **Ausschuss** beschließt, die **Beratung** über diesen Tagesordnungspunkt **zu verschieben**.

- 8 Arbeit und Ausbildung sind Schlüssel zur Integration – Neue Möglichkeiten des Arbeitsmarktzugangs für Flüchtlinge effektiv nutzen, Förderungslücken schließen** 53

Antrag
der Fraktionen der SPD und
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 16/8658

Ausschussprotokoll 16/967

Dieser Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

- 9 Transparenz über staatliches Handeln im Internet: Nachhaltige Online-Verfügbarkeit für NRW schaffen** 54

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/10060

- 10 Schleuserkriminalität in NRW: Erscheinungsformen, Zusammenarbeit von Landespolizei, NRW-Staatsanwaltschaften und Bundespolizei, Liegenbleiben sicherheitsrelevanter Aufgaben in NRW?** 55

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3424

- 11 Innenminister Jäger muss endlich landesweites Lagebild zu kriminellen Familienclans darstellen** 58

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3428

- 12 Mehr Einbrüche, weniger Festnahmen – Landeskriminaldirektor prognostiziert 65.000 Einbrüche für NRW – Polizeiexperten sehen NRW von Tätern überschwemmt** 60

In Verbindung mit:

Zahl der Wohnungseinbrüche in NRW auf dem höchsten Stand aller Zeiten?

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3429

- 13 Öffentlichkeitsfahndung der NRW-Polizei: Warum hat NRW immer noch kein zentrales Fahndungspersonal, sondern versteckt Fahndungsersuchen im Internet zwischen Pressemitteilungen der Kreispolizeibehörden?** 68

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3430

- 14 Vollstreckbare Gerichtsentscheidungen tatsächlich für die Rückführung von Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive nutzen – praktische Auswirkungen und Umsetzung des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen** 70

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3431

- 15 Einsatzbelastung der NRW-Polizei im Zusammenhang mit Flüchtlingsunterkünften im September und Oktober 2015** 73

Bericht der Landesregierung
Vorlagen 16/3432 und 16/3447

– ohne Diskussion –

- 16 Menschenfeindliche Gewalt und Hetze erfassen, aufklären und abwehren – Was tut die Landesregierung im Kampf gegen die zunehmende Menschenfeindlichkeit? 74**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3440

- 17 Gutachten zur rechtlichen Qualität der Vereinigung „Die Rechte“ und zu möglichen behördlichen Maßnahmen gegen dieselbe 77**

Bericht der Landesregierung

* * *

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300
Drucksache 16/10150 (Ergänzung)
Vorlagen 16/3185, 16/3376 und 16/3394

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Kommunales

Abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzender Daniel Sieveke: Wir werden heute die abschließende Beratung und Abstimmung durchführen. Als Tischvorlage liegt Ihnen der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor. (siehe Anlage)

Theo Kruse (CDU): Stabile Finanzen sind die Voraussetzung für eine solide Sicherheit und für ein Leben in Freiheit und Sicherheit. Wir lehnen den Gesamthaushalt 2016 als CDU-Fraktion ab. Wir lehnen auch den Einzelplan 03 ab. Ich darf das kurz begründen.

Wir sind der Auffassung, dass die rot-grüne Landesregierung mit der außerordentlich angespannten Finanzlage, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, unverantwortlich umgeht. Nordrhein-Westfalen ist, wenn man so will, das einzige Bundesland bis heute, das trotz gestiegener Steuereinnahmen den Herausforderungen nicht gerecht wird. Seit fünf Jahren ist dem Grunde nach auch strukturell wenig passiert. In den letzten Jahren hatten wir konjunkturell sehr gute Jahre. In diesem und im kommenden Jahr muss man feststellen: Trotz außerordentlich guter Steuereinnahmen kann im Land Nordrhein-Westfalen von Haushaltskonsolidierung nicht gesprochen werden.

Wir konsumieren, wenn man so will, auf Kosten der nachrückenden Generationen. Das hat diese Landesregierung komplett aus dem Blick verloren. In der vergangenen Woche stand in der Presseschau: „Die Schuldenkönige von Rhein und Ruhr“, verdeutlicht mit Zahlen, Daten und Fakten, unwidersprochen von der rot-grünen Landesregierung. Insofern muss man in aller Ernsthaftigkeit sagen: Eine Bereitschaft zu strukturellen Veränderungen, eine Bereitschaft zum Sparen und zum Rückfahren, zum Bürokratieabbau, zu den Reformnotwendigkeiten in den Strukturen unseres Landes ist aus meiner Sicht bei dieser Landesregierung nicht zu erkennen.

Wir haben bei den Nachtragshaushalten und bei den entsprechenden Beratungen die Erhöhung der Einstellungszahlen bei der Polizei mitgetragen. Das ist vollkommen in Ordnung. Das Gleiche gilt für die Verbesserung der Personalstärke im Bereich des Verfassungsschutzes.

Die Regierungsfractionen haben einen Änderungsantrag zum Einzelplan 03 vorgelegt. Ich habe dazu eine bescheidene Nachfrage: Wie lautet Ihr Gegenfinanzierungsvorschlag? Wahrscheinlich kommt jetzt die Begründung, das wird die Präventionsrendite richten. Dies habe ich von Ihren Kollegen in den letzten Wochen und Monaten immer wieder gehört: Im Rahmen der präventiven Finanzpolitik wird es in den nächsten Jahren eine Präventionsrendite geben. Diese Rendite wird dazu führen, dass wir alles finanziert bekommen.

Das, was die Landesregierung als Haushalt vorlegt, ist aus meiner Sicht unverantwortlich. Es ist in NRW politischer Stillstand eingetreten, keine Bereitschaft zu strukturellen Veränderungen, die bisher alle Landesregierungen wie auch immer in den Blick genommen haben. Das wird uns auch noch bei einem anderen Tagesordnungspunkt heute beschäftigen.

Wir können deshalb diesem Haushaltsansatz und diesen Haushaltsvorlagen unsere Zustimmung nicht erteilen.

Frank Herrmann (PIRATEN): Ich nenne dies einen Haushalt der Versäumnisse. Wir geben unglaublich viel Geld für die Unterbringung der Asylbewerber aus, was notwendig ist. Wir reden aber kein bisschen über die Standards. Ich nenne die Themen „Dach über dem Kopf“ und „warme Suppe“. Da es um Menschen geht, ist dies nach wie vor unverantwortlich. Dass die Landesregierung von den Ereignissen überrollt wurde, wissen wir alle. Wir haben lange genug darum gebeten, dass vorbereitet wird. Jetzt haben wir die Notsituation. Trotzdem muss es möglich sein, über Standards zu sprechen und nicht nur Zelte zu bauen. All die Sachen fehlen. Es fehlt auch die perspektivische Planung im Haushalt, was die Planung für feste Bauten, für längerfristige Unterbringung angeht. Dies brauchen wir im nächsten Jahr unbedingt. Dies hätte schon längst vorbereitet sein können. Hier fehlen uns Initiativen und konkrete Ansatzpunkte.

Da die Ergänzungsvorlage erst Ende der letzten Woche vorgelegt worden ist, habe ich noch einige Nachfragen.

Zum einen geht es um den Posten „Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit“. Dort wurden aufgrund der aktuellen Gesetzesanpassung einige Punkte geändert. Es gibt nun einen neuen Posten „Sonstige Sächliche Verwaltungsausgaben“. Dort sind 100.000 € veranschlagt. Weil es ein neuer Titel ist, möchte ich wissen, was dort eingeplant wurde.

Für den Posten „Förderung der Flüchtlingsarbeit“ sind in Kapitel 684 40 70.000 € hinzugekommen. Ich nehme an, das ist das Thema „Flüchtlingsrat NRW“. Ich möchte mich vergewissern, ob das ein allgemeiner Zuschuss ist oder ob das im Zusammenhang mit dem Beschwerdekonzert steht.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der einiges an dem Chaos der Verteilung der Asylbewerber hier auf Landesebene und kommunaler Ebene erklären könnte, ist: Im zweiten Nachtragshaushalt ist erstmalig das Thema „Ausgaben für die Datenverarbeitung“ und hier die Software AVU Asyl aufgetaucht. Die war zunächst mit 790.000 € angesetzt. In einem anderen Titel kamen 600.000 € für dieses Jahr hinzu. Von

IT.NRW kamen im Nachtragshaushalt für dieses Jahr noch einmal eine knappe Million Euro dazu. Davon kann man eine Menge Software machen. Im ersten Entwurf für den Haushalt 2016 tauchte 1,4 Millionen € zusätzlich auf. Wir hatten dazu im Berichterstattergespräch Nachfragen gestellt. Dort wurde es als abschließende Summe dargestellt. Jetzt tauchen aber in dieser Ergänzungsvorlage noch einmal 2,5 Millionen € zusätzlich für diesen Haushaltstitel auf. Da frage ich mich: Was ist das für eine unglaubliche Software? Muss für jede Unterkunft eine extra Lizenz erworben werden? Wie sind diese exorbitanten Kostensteigerungen zu erklären?

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Kruse ist ja ein wenig in eine allgemeine Betrachtung des Haushalts abgeglitten. Wer für unsere Änderungsvorschläge schlüssige Deckungsvorschläge verlangt, der muss sich natürlich auch mit eigenen Forderungen und Anforderungen an den Haushaltsgesetzgeber in vielfältiger Weise auseinandersetzen. An den Maßstab, den er uns gegenüber erhoben hat, muss er sich selbst messen lassen. Da ich in vielen Bereichen auch haushaltstechnisch unterwegs bin, nenne ich nur die Highlights, die mir aus den laufenden Debatten im Kopf sind.

Was tut das Land für die Kommunen? – Ich glaube, wir können stolz darauf sein, dass wir über das FlüAG und viele andere Dinge gerade im Zusammenhang mit der hohen Anzahl an Menschen, die bei uns Schutz und Hilfe suchen, für die Kommunen eine ganze Menge tun. Das belastet natürlich auf der Ausgabenseite den Haushalt. Nur die, die die Belastung des Haushalts am intensivsten geißeln, geißeln an anderer Stelle uns dafür, dass wir angeblich viel zu wenig an der Stelle tun.

Nächste Baustelle, Justiz: Da wird vielfältig von uns ...

Vorsitzender Daniel Sieveke: Herr Körfges, ich will Sie nicht lange unterbrechen. Ich habe den Einzelplan 03 aufgerufen. Sie haben jetzt die Justiz angesprochen. Justiz ist nicht Einzelplan 03.

Hans-Willi Körfges (SPD): Ich darf doch für mich in Anspruch nehmen, dass ich genauso allgemeine haushaltspolitische Erwägungen hier anstellen darf wie der Kollege Kruse. Man kann uns nicht vorwerfen, dass wir nicht genug sparen, und dann bei jedem einzelnen Einzelplan mehr fordern. Das ist gelebte politische Schizophrenie. Das FlüAG gehört zu unserem Bereich. Ich bin sehr stolz auf die Verbesserungen, die es in dem Bereich gegeben hat.

Mein Stolz geht sogar noch weiter, und zwar bezogen auf das, was für Polizei im engeren Sinne schon im Haushalt steht und was die Regierung mit Unterstützung der regierungstragenden Fraktionen umsetzt. Aber auch das war Ihnen nicht genug. Wo bitte sind die Gegenfinanzierungsvorschläge?

Zu unserem Änderungsantrag möchte ich kurz Stellung nehmen. Wir haben eben über nachhaltige Bekämpfungsstrategien für Terrorismus und politischen Extremismus nachgedacht. Wir haben übereinstimmend festgestellt, dass es zunehmend betroffene Frauen und Mädchen gibt. Aus diesem Grunde bedarf es einer Ausweitung

unserer Bemühungen. Dem folgen wir mit unserem Änderungsantrag. Ich bitte Sie herzlich, mitzumachen. Denn wenn man sagt, wir müssen nachhaltige Schritte unternehmen, um der Gefahr von Radikalisierung von jungen Menschen oder dem Ausstieg von jungen Menschen positiv zu begegnen, dann muss man auch die Konsequenz haben, das mitzumachen.

Herr Kruse, ich nehme Ihr Wort „Prävention“ auf. Ich glaube, nicht nur gesellschaftlich, sondern auch fiskalisch ist es vollkommen vernünftig, rechtzeitig Vorsorge zu treffen. Insoweit kann ich nur darum bitten, sich der vernünftigen Politik von Rot-Grün anzuschließen. Eines lasse ich Ihnen nicht durchgehen, nämlich einerseits uns haushaltsrechtlich sozusagen in die Zange nehmen zu wollen und andererseits keine Gelegenheit in Fachbereichen auszulassen, mehr Geld von der Regierung und den sie tragenden Fraktionen zu verlangen. Irgendwo muss man sich einmal entscheiden. Das, was wir machen, ist so angelegt, dass wir trotz aller zusätzlichen Bestrebungen die grundgesetzlich vorgegebene Schuldenbremse innerhalb der vorgesehenen Fristen einhalten. Und wenn das mit vernünftiger Politik einhergeht, dann haben wir allen Grund dazu, auf unser Land stolz zu sein.

Marc Lürbke (FDP): Ich bin froh, dass der Haushalt unsere langjährigen Forderungen nach mehr Personal bei der Polizei entsprechend abbildet. Das ist erst einmal gut. Dass es natürlich immer ein bisschen mehr sein kann, das wissen wir auch.

Wir haben in der aktuellen Situation mehrere besondere Herausforderungen, nämlich Asylproblematik, Kriminalitätsabwehr, Terrorabwehr. Das muss entsprechend personell dargestellt werden. Im Bereich des Asyls werden nun Stellen geschaffen. Aber auch in den anderen beiden Bereichen brauchen wir Ad-hoc-Maßnahmen, um hier zu Verstärkungen zu kommen. Insofern müssten auch noch die Synergieeffekte gehoben werden, die beispielsweise die Expertenkommission anspricht, zum Beispiel Überstunden direkt auszuzahlen und nicht durch Mehrarbeit zu vergüten. Über den Sporterlass und die Streichung der Zeitgutschrift sollte man sich auch noch einmal unterhalten. Das findet sich so nicht im Haushalt wieder.

In Anlage 2 der Ergänzungsvorlage zum Haushaltsplan 03 finde ich 197 neue Planstellen mit einem Volumen von etwa 10 Millionen €. Können Sie einmal darstellen, wofür die sind? Ähnliches gilt auf der nächsten Seite für die 81 Planstellen ab A16, 14 mal A14 usw., die mit kw-Vermerken bis 2018 versehen sind. Auch da würde mich interessieren, wofür die sind.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Können Sie zumindest zu einigen Sachen Antworten geben, andere Sachen, glaube ich, betreffen uns gar nicht.

MR'in Ursula Steinhauer (MIK): Ja, gerne. – Die eine Frage, die ganz am Anfang kam zum LDI: Das LDI ist nicht mehr in unserem Einzelplan etatisiert. Insofern kann ich dazu nichts sagen.

Dass diese Ergänzungsvorlage diesen Umfang hat, ist natürlich der besonderen Flüchtlingssituation geschuldet, insbesondere wenn Sie das im Vergleich zum eigentlichen Haushaltsentwurf, der Ihnen bisher vorgelegen hat, sehen – da sind wir noch mit 76.000 Flüchtlingen gestartet. Wenn wir jetzt hier eine Angleichung an die BAMF-Prognose ins Auge fassen, dann ist natürlich klar, dass der Haushaltsumfang in deutlich höherem Maße steigen würde. Insofern sind wir hier ständig in der Arbeit, diese Flüchtlingssituation im konkreten Arbeiten, aber auch in der Haushaltsbewältigung zu berücksichtigen.

Herr Herrmann, wenn Sie meinen, es ginge hier nur um Notunterkünfte, mit denen wir uns noch herumschlagen würden – wir hätten die Unterbringung der Flüchtlinge in menschenwürdigen Unterkünften nicht im Blick –, so sehe ich dies aus Sicht des Haushalts anders. Haushaltsmäßig haben wir hierfür mit Investitionen in Höhe von 59 Millionen € Sorge getragen. Das sind die Investitionen, die Sie komplett in der Hauptgruppe 7 finden. Daneben sind 31 Millionen € für die Erstattung von Kosten des BLB vorgesehen. Das ist der Titel 546 11. Da sind die Sachen veranschlagt, bei denen der BLB als eigenes Projekt Flüchtlingsunterkünfte herrichtet, die wir erst zu einem späteren Zeitpunkt übernehmen würden.

Gleichzeitig sind auch für die Unterbringung Kosten in Höhe von 185 Millionen € für die Anmietung, Bewirtschaftung und Instandsetzung von Flüchtlingsunterkünften veranschlagt. Die sind natürlich jetzt nicht nur Notunterkünfte, sodass ich sagen muss: In der Planung und auch in der haushaltsmäßigen Vorsorge ist sehr viel drin, um für dauerhafte Unterkünfte Sorge zu tragen.

Sie fragen darüber hinaus nach der AVU Asyl. Es ist richtig, das war schon Gegenstand in verschiedenen Nachträgen, und auch im Entwurf war das jetzt noch einmal. AVU Asyl nimmt eine Entwicklung. Es wird ein Stück weit, wie Sie auch den Zahlen entnehmen, immer größer. Das liegt daran, dass sich auch die Konzeption für AVU Asyl verändert. Früher war alles zentral bei der Bezirksregierung. Jetzt verlagern sich Zuständigkeiten auf die Bezirksregierungen. Sie haben Teile weiter dezentralisiert in die Unterbringungseinrichtungen. Das erfordert jeweils erneute Anpassungen, was dann auch wieder zu höheren Kosten führt. Das waren die Fragen, die Sie hatten.

Dann kam eben noch eine Frage zu den Stellen bei der Bezirksregierung. 197 Stellen haben Sie angesprochen. Diese 197 Stellen kommen aus dem dritten Nachtrag. Die sind jetzt quasi herübergezogen, weil sie die finanzielle Nachwirkung auch im Jahre 2016 haben. Sie sind aber im dritten Nachtrag geschaffen worden. Genauso verhält es sich auch mit 183 Stellen. Das Erste waren Planstellen. Die 183 waren Stellen, die auch aus dem dritten Nachtrag kommen.

Dann haben Sie 81 Planstellen angesprochen, die in dem Bereich Asyl jetzt für 2016 mit der Ergänzungsvorlage neu geschaffen wurden. Hierfür gibt es unterschiedliche

Aufgaben. Zum Teil werden sie auch in den Einrichtungen gebraucht, wo in den Einrichtungen hoheitlich gehandelt wird. Dafür brauchen wir Planstellen. Wir brauchen da Planstellen, wo bei der Bezirksregierung Arnsberg nach wie vor zentral Aufgaben wahrgenommen werden. Darüber hinaus gibt es Aufgaben, die jetzt dezentral in allen Bezirksregierungen betrieben werden, wie zum Beispiel die Akquise und die Abrechnung von Krankenhilfen. Für diese Aufgaben, wenn Sie es dezentralisieren, sind diese Planstellen geschaffen worden.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Vielen Dank. – Herr Herrmann hat noch eine Nachfrage.

Frank Herrmann (PIRATEN): Zum einen die Frage nach den überschaubaren Kosten von 70.000 € zur Förderung der Flüchtlingsarbeit, ob sie im Zusammenhang mit dem Beschwerdemanagement stehen oder nicht oder ein allgemeiner Zusatz für die sehr wichtige Arbeit des Flüchtlingsrates sind. Das hatten Sie, glaube ich, vergessen.

Zur AVU Asyl habe ich noch eine Nachfrage. Es freut jedes Unternehmen, wenn es im Laufe der Fertigstellung des Produkts Änderungen vom Auftraggeber gibt. Dann explodieren die Kosten bis zum Vierfachen. Mich wunderte halt, da das Projekt schon einmal auf einer Veranstaltung als fertig vorgestellt worden ist. Da war auch die Rede von der Ausweitung auf die anderen Regierungspräsidien, was als nicht so schwierig dargestellt wurde. Insofern wundert mich dieser große Betrag, der jetzt in den letzten Wochen für nächstes Jahr dazugekommen ist. Das mag – wie Sie es gerade begründet haben – mit weiteren Arbeiten im Zusammenhang stehen. Deswegen dazu die Nachfrage.

Vom Bund gibt es Initiativen, weil auch da Schwierigkeiten sind, vom BAMF eine Übersicht zu bekommen – schneller Datenaustausch usw. Hat die Software AVU Asyl jetzt in der weiter geplanten Ausbaustufe auch eine Schnittstelle, um eine Datenübergabe an den Bund zu machen? Oder wäre das noch etwas, was noch dazu kommt?

Zum Thema „Investitionen“ – das haben wir gesehen –: Hier sind Investitionen aufgeführt, was die Flüchtlingsunterbringung angeht. Zumindest nach dem, was wir jetzt kennen, geht es da viel um Ausbau und notwendige Renovierungen vorhandener Unterbringungseinrichtungen. Sehr häufig habe ich auch das Wort „Verdichtungen“ gehört, dass enger ausgebaut wird. Wir würden uns grundsätzlich freuen über Informationen zu den weiteren Plänen, auch Plänen fester Bauten – nicht nur finanziell die Zahlen jetzt zu erfahren, sondern auch in der Sache, was da geplant ist –, vielleicht in einer der nächsten Sitzungen.

MR'in Ursula Steinhauer (MIK): Zu 684 40 kann ich nur sagen: Das ist jetzt nicht einem konkreten Projekt geschuldet, sondern das ist quasi global erhöht worden, weil insgesamt der Haushalt jetzt auf andere Flüchtlingszahlen gerechnet wurde. Das erklärt die Erhöhung.

Bezogen auf die AVU Asyl ist es nach meinem Kenntnisstand so, dass Schnittstellen geprüft wurden; aber quasi ein gemeinsames System aufzulegen, klappt nicht, weil Bund und Land da deutlich auseinander sind, das Land in der Entwicklung relativ weit ist, wir jedenfalls nicht auf irgendeine Sache seitens des Bundes warten können. Möglicherweise kann mein Kollege das ergänzen.

MDgt Burkhard Schnieder (MIK): Mein Name ist Burkhard Schnieder, ich bin Abteilungsleiter 1 im MIK. – Das Thema steht an am 30.11.2015 beim IT-Planungsrat. Der Bund bereitet vor, dass es eine gemeinsame Plattform des Bundes und der Länder geben wird. Es wird im ersten Schritt vermutlich eine Schnittstelle zur AVU Asyl geben, bis es dann möglicherweise in Zukunft einmal eine gemeinsame Plattform geben wird.

Minister Ralf Jäger (MIK): Ich möchte gerne dem Eindruck entgegentreten, dass es sich bei der Unterbringung in den Landeseinrichtungen ausschließlich um kommunale Einrichtungen handelt, die Notunterkünfte sind. Wir haben zurzeit ein Verhältnis von etwa einem Drittel zu zwei Drittel. Ein Drittel der Menschen sind in landeseigenen Immobilien untergebracht, zwei Drittel zurzeit noch in kommunalen Einrichtungen, die die Kommunen uns im Rahmen der Amtshilfe zur Verfügung gestellt haben – Stand heute.

Wichtig ist mir, dass wir jetzt glauben, dass mit dem Ausbau der Registrierung, mit dem Ausbau der Plätze, die wir in diesem Jahr geschaffen haben – inzwischen sind wir bei über 72.000 Plätzen in den Landeseinrichtungen –, das Aufnahmesystem so stabil ist, dass wir – Stand heute – auf die Kommunen nicht weiter zugehen müssen, um sie im Rahmen der Amtshilfe um Zurverfügungstellung weiterer Plätze bitten zu müssen. Das ist das eine.

Das Zweite – das haben wir schon mehrfach in der Runde der Obleute dargestellt –: In der Planung sind weitere Plätze zu erschließen und zu bauen, die dann nicht zu einer Erhöhung der Zahlen führen sollen, sondern zum Abbau von kommunalen Einrichtungen, sodass wir hoffen, wenn alle Pläne realisiert werden – das ist nicht die Best-Case-Betrachtung, sondern eine Mittelbetrachtung –, dass wir etwa Ende Januar in der Lage sein werden, dass die Menschen, wenn sie sich in Landeseinrichtungen befinden, zu zwei Dritteln in Landesimmobilien untergebracht sind und nur noch zu einem Drittel in kommunalen Einrichtungen – so weit die Planungen.

Theo Kruse (CDU): Herr Vorsitzender! Ich möchte in aller Kürze verdeutlichen, dass die rot-grünen Fraktionen und die Landesregierung insgesamt den Haushaltansatz im Wesentlichen damit begründet haben: Wir haben gestiegene Herausforderungen in der Bewältigung der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Das kann man so machen. Wir teilen die Auffassung, dass wir den Anforderungen entsprechen müssen. Aber da muss man als Landesregierung den Mut haben, zu verdeutlichen, wo man denn sparen möchte, wo man denn parallel dazu zurückfahren möchte. Das fehlt uns in diesem Haushaltsentwurf. Es rächt sich – ich sage es noch einmal –, dass Sie die letzten relativ guten konjunkturellen Lagen, die wir auch im Land Nordrhein-Westfalen

erfreulicherweise aufgrund der gestiegenen Steuereinnahmen haben, nicht dafür genutzt haben, zu sparen und zurückzuführen.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

– Herr Körfges, um es noch einmal zu verdeutlichen: Wir haben es fast aufgegeben. Ich in besonderer Weise habe vor gut zwei Jahren an den Innenminister die Anfrage gerichtet, ob der in der Vergangenheit von allen Vorgängerregierungen bis hin zu Johannes Rau angedachte und zum Teil auch begonnene strukturelle Reformveränderungsprozess von dieser rot-grünen Landesregierung fortgesetzt würde. Die Antwort war – ich vereinfache es jetzt sehr, ich bitte um Nachsicht –: Nein, wir denken nicht daran. Das ist das Dilemma, vor dem wir stehen.

(Minister Ralf Jäger [MIK]: Das ist falsch!)

Parallel dazu wissen wir – der Finanzminister verdeutlicht das –, dass gerade im öffentlichen Dienst die berühmten Zeitbomben ticken – bei ca. 700.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Land insgesamt, 450.000 beim Land plus 250.000 bei den Kommunen. Wir schieben die dringend notwendigen Veränderungen sozusagen der nächsten Generation zu. Ich bin gespannt, wie die Haushaltsplanberatungen heute in einem Jahr aussehen werden vor dem Hintergrund des dann herannahenden Landtagswahlkampfjahres. Da werden Sie wahrscheinlich auch nicht die Bereitschaft dokumentieren: Ja, wir müssen zurückfahren. Wir müssen sparen. Wir müssen eine vorsichtige, vorausschauende Finanzpolitik auf den Weg bringen. Das wird dann wahrscheinlich erst recht nicht der Fall sein. Die „Schuldenkönige von Rhein und Ruhr“ – dieser Zeitungsbericht aus der vergangenen Woche – sind auch in diesem Jahr an Überheblichkeit nicht zu überbieten.

Wir teilen die Auffassung: Ja, Asyl- und Flüchtlingspolitik sind wichtig. Gleichwohl muss auch im Einzelplan 03 verdeutlicht werden, wie man denn die Gegenfinanzierung insgesamt sicher bekommt. Herr Körfges, Sie weisen auf das Aussteigerprogramm hin, dem wir im Grunde nach auch zustimmen. Ich frage mich aber schon, warum es ausdrücklich nur weibliche Betreuerinnen sein müssen. Sie haben es angedeutet. Es ist ein sensibler Bereich. Aber nur weibliche Betreuerinnen? Darüber könnte man lange reden. Den Streit will ich hier nicht führen.

Sie haben dann den Mut, in die Begründung zu schreiben: „Das Aussteigerprogramm ... basiert auf den entsprechenden Konzepten. Beide Programme sind erfolgreich und dringend erforderlich.“ Wir haben vorhin unter Tagesordnungspunkt 1 diskutiert: Die Zahlen gehen so nach oben. Wie man dann den Mut haben und sagen kann, die Programme sind erfolgreich, dann beißt sich das ein wenig. Sie sollten zumindest den Mut haben, diese Sätze aus der Begründung zu streichen. Das wäre dann redlicher. Aber beides passt nicht zusammen. Bei Amtsantritt unseres Innenministers gab es null Radikalisierungsfeststellungen bei Salafisten, heute haben wir unter Punkt 1 ...

(Sven Wolf [SPD]: Wollen Sie jetzt den syrischen Bürgerkrieg dem Innenminister vorhalten?)

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt eine Vorlage bekommen, die es mir einfacher macht, mich auf unseren engeren fachlichen Bereich zu beziehen. Ich bleibe jetzt einmal bei den Vorhaltungen zum Innenbereich. Wenn diejenigen, die weit über das Thema „Flüchtlinge und Asyl“ hinaus, von uns immer mehr Personal und Material – wir sind in vielen Dingen ziemlich nah beieinander – fordern und sagen, das reicht noch nicht, die mit uns gemeinsam erkannt haben, dass die Reduzierung des Personals bei den Bezirksregierungen eine der größten Katastrophen war, die unter Schwarz-Gelb passiert sind, wenn Sie jetzt versuchen, an der Stelle Personal zu sparen, durch fachlich vollkommen in die Hose gegangene Kommunalisierung und andere Experimente, die zu Mehrausgaben für den Haushalt geführt haben, wenn Sie an der Stelle fragen: „Warum habt ihr diese erfolgreiche Politik nicht fortgeführt?“, dann müssen Sie das schon jemandem erklären.

Ich war jetzt bei Personalvertreterinnen und Personalvertretern der Bezirksregierung. Gehen Sie einmal zu den Bezirksregierungen und reden Sie da mal über Ihre Anforderungen, bezogen auf Personaleinsparungen! Denn wenn Sie sagen, es müsse generell Personal gespart werden, dann ist das eine wohlfeile Formulierung. Nur Sie bleiben in jedem einzelnen Fall auch nur eine konkrete Andeutung schuldig, wo bitte Sie die Möglichkeiten und die nötigen Einsparressourcen sehen.

Ich kann zu den Bereichen, die uns betreffen, noch einmal sagen: Bei Polizei, Verfassungsschutz, all dem, was mit Sicherheit zu tun hat, doch sicherlich nicht! In allen anderen Bereichen tritt diese CDU dann genauso auf und sagt: Darf es ein bisschen mehr sein, ihr tut nicht genug. Dann werfen Sie uns hier vor, dass wir nicht hingehen und an der Stelle nachhaltig sparen. Ich kann nur sagen: Das ist ziemlich dreist und doppelzünftig.

Jetzt bezogen auf unseren Antrag: Lieber Herr Kollege Kruse, ich will Ihnen jetzt nicht vorwerfen, dass Sie in einer öffentlichen Sitzung des PKG, über die hier eben berichtet worden ist, nicht anwesend waren, als wir über die Evaluierung unseres NRW-Aussteigerprogramms geredet haben. Das ist wissenschaftlich begleitet. Der Erfolg dieses Programmes ist uns, und zwar von einer unabhängigen wissenschaftlichen Begleitung, in eindrucksvoller Art und Weise bestätigt worden mit dem Hinweis darauf: Ja, es gibt ein paar Dinge, da müssen wir noch besser werden, was den Umfang der Programme angeht. Wir können doch nicht das gesteigerte Aufkommen in der Grundlast zum Maßstab machen für die Wirksamkeit von Programmen. Im Gegenteil müssten Sie mit uns der Meinung, dass wir die Dinge ausbauen, gerade wenn wir nachgewiesen haben, dass sie wirksam sind.

Die Tatsache, dass Sie jetzt hier sagen: „Wieso nur Frauen?“ entbehrt nicht nur einer gewissen Tragik, lieber Herr Kollege. Das zeigt nämlich, dass Sie nicht wissen, was da eigentlich schon läuft. Wir haben den Bedarf an Frauen wegen des Aufkommens der Nachfrage bei weiblichen Aussteigerinnen in erheblichem Umfang. Den anderen Bedarf haben wir – das steht im Übrigen auch in der Begründung drin – durch Männer gedeckt. Unser Problem ist, dass wir keine Ansprechpartnerinnen für die Frauen innerhalb der Programme haben. Dem wollen wir durch unseren Antrag nachhelfen. Insoweit ist es nur logisch, dass wir an der Stelle nachbessern. Aber ich sage Ihnen

ganz offen: Wenn wir die finanziellen Möglichkeiten sehen würden, würde meine Fraktion – ich denke der Koalitionspartner auch – an der Stelle sogar noch viel mehr verlangen. Da tun wir genau das, was Sie hier auch verlangen: Wir gehen mit den Ressourcen sehr umsichtig um. – Mir wäre lieber, wir könnten wesentlich mehr tun.

Aufgrund der gestiegenen Grundbelastung in dem Bereich, für die unser Innenminister nun wirklich nichts kann – da ist der Zwischenruf eindeutig richtig gewesen –, haben wir einen erhöhten Bedarf. Das ins Gegenteil zu verkehren und zu sagen: Dadurch, dass viel vorkommt, habt ihr doch bewiesen, dass es nichts taugt. Das ist schon nah am absurden Theater, Herr Kollege.

Monika Düker (GRÜNE): Zwei Aspekte in der Debatte, zu Ihrer Grundmelodie des Widerspruchs, Herr Kruse, die Sie im Innenausschuss mehrfach vorgetragen haben: Auf der einen Seite spricht Herr Golland – ich weiß nicht, ob das alles in der CDU-Fraktion so abgestimmt ist. Ich habe ebenso leichte Widersprüche in den Stellungnahmen feststellen können.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Leichte?)

– Ja, ich bin diplomatisch. Herr Golland veröffentlicht in der Presse und sagt hier wieder: Mehr Polizei, mehr Verfassungsschutz, wir sind nicht genug ausgestattet. Vor jedem Satz kommt bei ihm eigentlich das Wort „mehr“. Sie bespielen sozusagen die andere Klaviatur und sagen auch „mehr“, aber auch „mehr“ sparen. Ich bringe das nicht übereinander, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Auf der anderen Seite geht Herr Laschet – man denkt, er führt es zusammen – hin und sagt: Wir sparen nicht bei Polizei, Justiz, Finanzen, Hochschule, Bildung und, und, und. Aber beim Rest gehen wir einmal mit 10 % über alles. Dann ist alles wunderbar. Der Rest, der dann übrigbleibt, sind ein paar Tausend Stellen in – das ist der neuralgische Punkt – Bezirksregierungen und auch Ministerien. Erstens können Sie das da gar nicht erwirtschaften, was Sie wollen. Zum Zweiten legen Sie damit auch diese Verwaltung komplett lahm.

Das, was Sie an Antworten bringen, taucht nicht zur Unterlegung Ihrer These „mehr Sparen“. Sorry, Herr Kruse, aber das müssen Sie sich anhören. Sie bringen keinen einzigen konkreten Vorschlag – im Gegenteil: Herr Golland fordert immer mehr.

Was mir wichtig ist, ist, die beiden Debatten zueinander zu bringen. Das fand ich gerade auch etwas irrational, was Sie da bringen. Wir haben gerade in der Debatte, wie ich finde, sehr gut herausgearbeitet, dass wir im Bereich Prävention mehr machen müssen. Da gibt es ja auch noch ganz andere Kronzeugen. Ich habe neulich ein Interview mit dem BKA-Chef gehört, der ganz klar sagte, als er gefragt wurde: Was wünschen Sie sich denn als BKA-Chef von der Politik an Unterstützung? Da hat er gesagt: Wir haben genug Gesetze. Wir sind gut ausgerüstet. Wir brauchen mehr Prävention. Das sagt der Chef des Bundeskriminalamtes – nicht irgendwer.

Insofern sind wir uns, glaube ich, da einig. Wir müssen da ansetzen, dass wir diese Homegrown Terrorists nicht produzieren. Dafür gibt es verschiedene Stufen. Das fängt an bei Bildung, das fängt an bei Segregation der Städte. Gucken Sie sich in Paris diese Banlieues an, wie da in der Gesellschaft segregiert wird. Das geht weiter –

das ist das, was hier als Änderungsantrag vorliegt – über solche Aussteigerprogramme. Das heißt, wir müssen diese Wege aus diesen Terrorgruppen, aus diesem Extremismus herauszukommen, auch immer wieder anbieten.

Und das steht doch in direktem Zusammenhang, Herr Kruse. Sie müssten doch jubeln über diesen Antrag und sagen: Das ist genau der richtige Weg und wir würden gerne noch mehr machen, anstatt das jetzt zu kritisieren. – In der Irrationalität kann ich Ihnen auch nicht folgen, dass Sie sagen: Wenn es erfolgreich ist, brauchen wir doch nicht mehr. Gerade weil es erfolgreich ist, brauchen wir mehr. Wir sehen ja, dass wir da die Menschen herausholen. Wir haben gerade bei Tagesordnungspunkt 1 auch gehört, dass wir bei den „Wegweisern“, die auch da ansetzen wollen, die Menschen, die jungen Leute aus der Szene zu holen, unheimlich hohe Nachfragequoten haben. Da ist der Bedarf ja da. Als diese „Wegweiser-Initiativen“ geschaffen wurden, ich habe auch mit einer hier in Düsseldorf gesprochen, da sagten sie: In der Zeitung stand nur die Ankündigung, dass es so etwas gibt. Nur mit einem Artikel hatten Sie am nächsten Tag zig Anfragen von Lehrern, von besorgten Eltern, von Sozialarbeitern aus Jugendzentren, die sagten: Gute Idee, wir brauchen euren Rat und eure Kompetenz, damit wir an diese Jugendlichen herankommen.

Das ist genau der richtige Weg, hier das zu machen, was wir eben gefordert haben, nämlich zu versuchen, präventiv beim Terrorismus anzusetzen, dass diese Jugendlichen genau aus dieser Szene herausgeholt werden. Deswegen kann ich da Ihre Gegenargumentation in keinsten Weise nachvollziehen.

Theo Kruse (CDU): Ganz kurz, lieber Kollege Körfges! Zum ersten Teil Ihrer Ausführungen hatte schon Johannes Rau eine gänzlich andere Vorstellung als die, die Sie hier vorgetragen haben. Ich will das jetzt hier im Einzelnen nicht vertiefen. Strukturelle Reformnotwendigkeiten sind ein altes Thema in der Landespolitik, was aber von dieser Landesregierung seit 2010 überhaupt nicht mehr angepackt wird. Das ist ein Grunddilemma. Das können wir hier nicht ausdiskutieren. Ich spreche das aber deswegen hier immer wieder an, weil der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen der federführende Fachminister für den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen insgesamt ist und auch für den strukturellen Aufbau des Landes, für die innere Organisation steht – das als erste Anmerkung dazu.

Frau Kollegin Düker, ich bin ja nicht gegen das Programm „Wegweiser“. Ich unterstütze das ja ausdrücklich. Ich zitiere einfach den finanzpolitischen Sprecher meiner Fraktion, nämlich Marcus Optendrenk, aber in besonderer Weise unseren Fraktionsvorsitzenden, die beide in den letzten Jahren in den Debatten immer wieder verdeutlicht haben: Ja, wir müssen uns auch im Land Nordrhein-Westfalen endlich konzentrieren – jetzt kommt es – auf die Kernaufgaben des Landes. Da gehört die Aufgabe ganz ohne Frage zu. Aber dann muss man auch den Mut, den Schneid haben zu sagen, wo wir denn zurückfahren wollen.

(Sven Wolf [SPD]: Wo denn? Justiz, Polizei, wo?)

Wir müssen uns auf die klassischen Kernaufgaben des Landes konzentrieren. Sie sind dazu nicht in der Lage oder nicht bereit dazu. Sie kennen zwar auch die Notwendigkeit in dieser Herausforderung, aber Sie packen es nicht an.

Minister Ralf Jäger (MIK): Nur fürs Protokoll, der Wahrheit dienend, Herr Kruse: Im Einzelplan 03 werden 44 Millionen € eingespart, 30 Millionen eine globale Minderausgabe und 14 Millionen € beim Personalbudget.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. So können wir zu den Abstimmungen kommen.

Ich lasse zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD und Grünen **zum Einzelplan 03 abstimmen**. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer möchte dagegen stimmen? – Wer möchte sich enthalten?

Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Piratenfraktion gegen die CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion so **genehmigt worden**.

Dann lasse ich über den **Einzelplan 03 in der Fassung der Beschlüsse**, die wir jetzt zusätzlich getroffen haben, **abstimmen**. Wer dem Einzelplan 03 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer möchte dem nicht seine Zustimmung erteilen? – Sich enthalten? –

Dann ist der Einzelplan 03 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und Piratenfraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion so **genehmigt worden**.